Reichsgesetzblatt

Teil II

1924	Ausgegeben zu Berlin, den 31. Juli 1924	Nr. 28

Inhalt: Gesetz über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1924. S. 171. — Internationale Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels, zur Unterzeichnung aufgelegt in Genf vom 30. September 1921 bis zum 31. März 1922. S. 181. — Bekanntmachung, betreffend die Internationale Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels vom 30. September 1921. S. 202.

Gesetz über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1924. Vom 28. Juli 1924.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1

Die diesem Gesetz als Anlage beigefügte Zusammenstellung der Abschlußzahlen des dem Reichstag vorgelegten Entwurfs des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1924 (Reichstagsdrucksache Nr. 131) wird bis zur endgültigen Feststellung des Reichshaushaltsplans in Einnahme und Ausgabe wie folgt festgestellt:

für die allgemeine Reichsverwaltung

im ordentlichen Haushalt

auf 5 358 021 844 Goldmark an Einnahmen,
auf 5 118 012 454 Goldmark an fortdauernden Ausgaben,
auf 240 009 390 Goldmark an einmaligen Ausgaben,

im außerordentlichen Haushalt

auf 733 004 370 Goldmark an Einnahmen,
auf 733 004 370 Goldmark an Ausgaben;

für die Ausführung des Friedensvertrags

im ordentlichen Haushalt

auf 461 604 175 Goldmark an Einnahmen,
auf 461 604 175 Goldmark an fortdauernden Ausgaben,

im außerordentlichen Haushalt

auf 179 915 825 Goldmark an Einnahmen,
auf 179 915 825 Goldmark an Ausgaben.

Als Goldmark im Sinne dieses Gesetzes gilt der Gegenwert von $^{10}/_{42}$ des Nordamerikanischen Dollars, wie er vom Reichsminister der Finanzen auf Grund des § 2 Abs. 3 der Verordnung vom 11./18. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 939/979) jeweils festgesetzt wird (Goldumrechnungssatz für Reichssteuern).

§ 2

Die im § 1 festgestellten Mittel sind im Rahmen des vorgelegten Entwurfs (§ 1 Abs. 1) und seiner etwaigen Ergänzungen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu bewirtschaften.

§ 3

Die in dem Entwurfe (§ 1 Abs. 1, § 2) für die einzelnen Zweckbestimmungen vorgesehenen Ansätze dürfen nur insoweit in Anspruch genommen werden, als es zur ordnungsmäßigen und wirtschaftlichen Führung der Reichsverwaltung bis zur endgültigen Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1924 unter Berücksichtigung der gesamten Bedürfnisse der Verwaltung für das laufende Rechnungsjahr erforderlich ist.

Zur Leistung der hiernach notwendigen Ausgaben hat der Reichsminister der Finanzen den obersten Reichsbehörden für bestimmte Zeiträume Goldbeträge im

Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen zu überweisen. Er kann hierbei über die Verwendung der Mittel nähere Bestimmungen treffen.

Gegen diese Entscheidung des Reichsministers der Finanzen kann der zuständige Reichsminister Einspruch bei der Reichsregierung einlegen. Das weitere Verfahren richtet sich nach § 21 Abs. 3 der Reichshaushaltsordnung mit der Maßgabe, daß über die dem Reichsminister der Finanzen zur Verfügung stehenden Mittel hinaus Zuwendungen an Dienststellen nicht beschlossen werden dürfen.

Ausgaben, denen Beschlüsse des Reichstags oder eines seiner Ausschüsse zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1924 entgegenstehen, dürfen nicht geleistet werden.

§ 4

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt:

a) zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben nach Verkündung dieses Gesetzes die Summe von 169 728 005 Goldmark im Wege der Anleihe flüssig zu machen;

b) zur Zahlung von Entschädigungen auf Grund der Gewaltschädenverordnung vom 28. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 1018) und des Liquidationsschädengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. November 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 1148) sowie zur Finanzierung von Reparationssachleistungen Schuldverschreibungen bis zur Höhe von 180 Millionen Goldmark zu begeben;

c) zur Befriedigung unabweisbarer, durch die Nachwirkungen des Krieges hervorgerufener Bedürfnisse nötigenfalls Garantien zu übernehmen, sofern dadurch eine Ausgabe vermieden wird, der sich das Reich sonst nicht hätte entziehen können;

d) bei Zahlungen für das Reich, die vor der gesetzlichen oder vertraglichen Fälligkeit erfolgen, einen angemessenen Abzug zu gewähren.

Der § 3 des Gesetzes über die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1924 vom 18. März 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 67) bleibt bestehen.

§ 5

Der § 3 des Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, vom 15. Juli 1909 (Reichsgesetzbl. S. 743) findet im Rechnungsjahre 1924 auf die aus Anlaß des Krieges und der Demobilmachung begebenen Anleihen sowie auf die in den Rechnungsjahren 1919 bis 1923 begebenen und auf die im Rechnungsjahre 1924 zu begebenden Anleihen keine Anwendung.

§ 6

Die Besetzung von planmäßigen Beamtenstellen ist nach Maßgabe der §§ 7 bis 9 dieses Gesetzes im Rahmen des Entwurfs (§ 1 Abs. 1, § 2) zulässig.

§ 7

Die auf Grund der Artikel 2 bis 5 der Personal-Abbau-Verordnung (Reichsgesetzbl. I für 1923 S. 999) frei gewordenen oder frei werdenden planmäßigen Beamtenstellen fallen mit dem Zeitpunkt des Freiwerdens weg, sofern nicht gemäß Artikel 8 § 2 Abs. 2 der Personal-Abbau-Verordnung eine Ausnahme zugelassen wird.

§ 8

Von freien und im Rahmen des Entwurfs (§ 1 Abs. 1, § 2) oder der Personal-Abbau-Verordnung an sich besetzbaren planmäßigen Beamtenstellen darf, solange der vorgesehene Personal-Abbau noch nicht erreicht ist, nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden. Ob der vorgesehene Personal-Abbau erreicht ist, stellt der zuständige Reichsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen fest.

Ausnahmen von der Vorschrift des Abs. 1 Satz 1 dürfen in dringenden besonderen Fällen von den zuständigen Reichsministern im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und unter unverzüglicher Mitteilung an den Haushaltsausschuß des Reichstags zugelassen werden.

Bei Besetzung von planmäßigen Beamtenstellen und bei Vornahme von Beförderungen müssen die durch allgemeine Besoldungsgrundsätze vorgeschriebenen Verhältnisse zwischen den planmäßigen Beamtenstellen der Besoldungsgruppen derselben Dienstlaufbahn (Schlüsselung) gewahrt bleiben.

Die in den Haushaltsplänen für die Rechnungsjahre 1920 bis 1923 aufgestellten, aus der Anlage ersichtlichen allgemeinen Besoldungsgrundsätze bleiben wirksam.

§ 9

Die in den Einzelplänen des Entwurfs (§ 1 Abs. 1, § 2) vorgesehenen Stellen für Sekretäre der Gruppe VI sind beim Freiwerden in Stellen für Assistenten (Gruppe V) umzuwandeln, bis ein Stellenverhältnis von $^2/_3 : {}^1/_3$ in den Gruppen V und VI erreicht ist.

§ 10

Bei der auf das Reich übergehenden Reichshauptkasse dürfen bis zur endgültigen Feststellung des Reichshaushaltsplans für 1924 Planstellen nach Maßgabe

des anliegenden Anschlags besetzt werden. Den Zeitpunkt des Übergangs bestimmt die Reichsregierung.

§ 11

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen den Reichsbeamten, Wartegeldempfängern, Pensionären und Witwen örtliche Sonderzuschläge als Teuerungszuschläge im Sinne des § 17 des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 (Reichsgesetzbl. S. 805) zu gewähren.

Die Bezüge der außerplanmäßigen Reichsbeamten sind so zu berechnen, daß ihre Diäten nebst Teuerungszuschlag folgende Hundertsätze des Grundgehalts nebst Teuerungszuschlag eines planmäßigen Reichsbeamten der ersten Besoldungsstufe ihrer Eingangsgruppe erreichen:

	Jahre des Diätariendienstalters							
bei Zivilanwärtern im	—	—	—	1.	2.	3.	4.	5.
bei Militäranwärtern im	—	—	—	—	1.	2.	3.	4.
bei den im § 5 Abs. 2 des Besoldungsgesetzes genannten weiblichen Beamten im.....	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
	80	85	90	95	95	98	100	100

vom Hundert.

§ 12

Aus den in den Einzelplänen des Entwurfs (§ 1 Abs. 1, § 2) zur baulichen Unterhaltung ausgeworfenen Mitteln dürfen die Kosten für Wiederherstellungs-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Neubauten und Erwerbungen von Hausgrundstücken insoweit bestritten werden, als die Kosten einschließlich Grunderwerb 30 000 Goldmark, die Kosten der Erwerbung von Baugrundstücken 10 000 Goldmark im einzelnen nicht überschreiten.

§ 13

Für Zwecke der Deutschen Reichsbahn und der Reichswasserstraßen stellt für 1924 der Reichspräsident die Zulässigkeit der Enteignung fest. Die endgültige Entscheidung über die Art der Durchführung und den Umfang der Enteignung, soweit sie nicht in einem Verwaltungsstreitverfahren ergeht, sowie über die Zulässigkeit der Inanspruchnahme von fremden Grundstücken zur Ausführung von Vorarbeiten trifft der Reichsverkehrsminister nach Anhörung der zuständigen Landespolizeibehörden. Im übrigen gelten die Landesenteignungsgesetze.

§ 14

Die im § 65 Abs. 2 der Reichshaushaltsordnung für die unentgeltliche Überlassung von Gegenständen festgesetzte Wertgrenze von 3 000 Mark wird für das Rechnungsjahr 1924 auf 500 Goldmark festgesetzt.

§ 15

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, in Ausnahmefällen eine von den Vorschriften des § 47 Abs. 1 der Reichshaushaltsordnung abweichende Art der Veräußerung von Gegenständen, die im Eigentume des Reichs stehen, zuzulassen, sofern eine solche Maßnahme im dringenden Reichsinteresse geboten ist und der Wert der bei der einzelnen Abgabe zu veräußernden Gegenstände den Betrag von insgesamt 500 Goldmark nicht überschreitet.

Berlin, den 28. Juli 1924.

Der Reichspräsident
Ebert

Der Reichsminister der Finanzen
Dr. Luther

Erste Anlage zum Haushaltsgesetze

Besoldungshaushalt der Reichshauptkasse für das Rechnungsjahr 1924

Gruppe AXII:	1 Direktor	Gruppe AIX:	28 Regierungsoberinspektoren
Gruppe AXI:	7 Ministerialamtmänner in Stellen von besonderer Bedeutung, darunter 2 als ständige Vertreter des Direktors	Gruppe AVIII:	28 Regierungsinspektoren
		Gruppe AVII:	28 Oberregierungssekretäre
Gruppe AX:	19 Ministerialamtmänner	Gruppe AV:	1 Obergeldzähler
		Gruppe AIV:	3 Geldzähler

Zweite Anlage zum Haushaltsgesetze

Zusammenstellung

der in den Haushaltsplänen für die Rechnungsjahre 1920 bis 1923 aufgestellten allgemeinen Besoldungsgrundsätze

Über die in dem Besoldungsgesetze vorgesehenen Beförderungsstellen sind folgende Richtlinien aufgestellt worden:

Für die Schaffung von Beförderungsstellen im Haushaltsplan ist im allgemeinen das sachliche Bedürfnis nachzuweisen. Grundsätzlich darf bei Bemessung der Zahl der Beförderungsstellen, soweit nicht besondere Ausnahmen zugelassen sind, nicht über $^1/_3$ der Gesamtstellenzahl als Höchstgrenze hinausgegangen werden. Jedes Aufrücken in eine höhere Stelle gilt als Beförderung. Voraussetzung für die Beförderung ist dienstliche Bewährung.

Bei Stellen, die für besonders qualifizierte Beamte Eingangsstelle und zugleich Beförderungsstelle für Beamte einer niedrigeren Gruppe sind (wie z. B. die Stellen für Oberheizer in Gruppe III und für Oberdrucker in Gruppe IV), soll aus dem Haushalt ersichtlich sein, wieviel Stellen Eingangs- und wieviel Beförderungsstellen sind. Die Beförderung erfolgt nach dem allgemeinen Grundsatz.

Die Schaffung von Stellen für Beamte als Leiter besonders wichtiger Dienststellen oder als Vorsteher von Büroabteilungen und in sonstigen Stellen von besonderer Bedeutung sowie als Leiter besonders großer und schwieriger Ämter oder besonders großer Dienststellen (wie z. B. die Stellen für Mühlen- und Backmeister in Gruppe V, für Vorsteher der Hauptagenturen der Seewarte in Gruppe VII, für Büroinspektoren, Registraturvorsteher, Konsulatssekretäre bei den Auslandsbehörden, Postmeister, Oberinspektoren bei der Seewarte in Gruppe VIII, für Magazindirektoren bei der Marineverwaltung, Reichsverpflegungsamtsdirektoren, Reichsbekleidungsamtsdirektoren, Remonteamtsverwalter in Gruppe IX, für Ministerialamtmänner in Gruppe XI) kann nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten erfolgen.

Im einzelnen ist folgendes Stellenverhältnis in Aussicht genommen:

1. Von der Gesamtzahl der Stellen für Amtsgehilfen (Amtsgehilfen, technische Gehilfen, Zoll-, Steuer-, Gerichtswachtmeister) bei den Provinzial- usw. Behörden: $^1/_2$ der Stellen als Amtsgehilfen in Gruppe II, bis zu $^1/_2$ Stellen als Amtsobergehilfen in Gruppe III einschließlich der Botenmeister, Kastellane usw.
2. Von der Gesamtzahl der Stellen für Ministerialamtsgehilfen bei den obersten Reichsbehörden: $^1/_2$ der Stellen als Ministerialamtsgehilfen in Gruppe III, bis zu $^1/_2$ der Stellen als Ministerialamtsobergehilfen in Gruppe IV einschließlich Oberbotenmeister, Ministerialhausinspektoren usw.
3. Von der Gesamtzahl der Stellen für Kanzleibeamte bei den Provinzial- usw. Behörden: $^2/_3$ der Stellen als Kanzleiassistenten in Gruppe IV, bis zu $^1/_3$ der Stellen als Kanzleisekretäre in Gruppe V, darunter die Stelle des Kanzleivorstehers. Die Kanzleibeamten, für welche die Anmerkung 1 zu Gruppe IV zutrifft, zählen zu den Kanzleisekretären in Gruppe V. Bei besonders großen Behörden können Stellen für Kanzleisekretäre als Leiter oder als Vorsteher von Abteilungen nach sachlichem Bedürfnis in Gruppe VI geschaffen werden; in Gruppe VII nur die Stelle des Hauptvorstehers als Kanzleiobersekretär.
4. Von der Gesamtzahl der Stellen für Kanzleibeamte bei den obersten Reichsbehörden: $^2/_3$ der Stellen als Ministerial-Kanzleisekretäre in Gruppe VI, bis zu $^1/_3$ der Stellen als Ministerial-Kanzleiobersekräre in Gruppe VII. Frei werdende Stellen sind in solche der Gruppe V umzuwandeln, bis ein Stellenverhältnis erreicht ist von $^3/_6$ in Gruppe V, bis zu $^2/_6$ in Gruppe VI, bis zu $^1/_6$ in Gruppe VII.
5. Von der Gesamtzahl der Stellen für Registraturbeamte bei den Provinzial- usw. Behörden: $^2/_3$ der Stellen als Registraturassistenten in Gruppe V, bis zu $^1/_3$ der Stellen als Registratoren in Gruppe VI, in Gruppe VII nur die Stellen der Registraturvorsteher. Bei besonders großen Behörden auch Oberregistratoren als Leiter oder als Vorsteher von Abteilungen in Gruppe VII, in Gruppe VIII nur die Stelle des Vorstehers der Registratur einer ganzen Behörde.

6. Von der Gesamtzahl der Stellen für Registratoren bei den obersten Reichsbehörden: $^1/_6$ der Stellen in Gruppe VI, $^1/_6$ der Stellen in Gruppe VII, $^1/_6$ der Stellen als Ministerialregistratoren in Gruppe VIII, bis zu $^3/_6$ der Stellen als Ministerialoberregistratoren in Gruppe IX.

7. Die frei werdenden Stellen des einfacheren Bürodienstes (Sekretäre) in Gruppe VI sind in solche der Gruppe V (Assistenten) umzuwandeln, bis ein Stellenverhältnis erreicht ist von $^2/_3$ in Gruppe V, bis zu $^1/_3$ in Gruppe VI.

8. Von der Gesamtzahl der Stellen des schwierigeren Bürodienstes (Obersekretäre und gleichartige) bei den Provinzial- usw. Behörden: $^3/_6$ der Stellen als Obersekretäre in Gruppe VII, bis zu $^2/_6$ der Stellen als Inspektoren in Gruppe VIII, bis zu $^1/_6$ der Stellen als Oberinspektoren in Gruppe IX, soweit sich dies mit dem dienstlichen Bedürfnis vereinbaren läßt. Die Beamten, für welche die Anmerkung 1 zu Gruppe VII zutrifft, zählen zu den Inspektoren in Gruppe VIII; die Stellen für Verwaltungs- usw. Amtmänner in Gruppe X rechnen zu den $^1/_6$ Stellen in Gruppe IX.

9. Von der Gesamtzahl der Stellen für Regierungsräte (und gleichstehende Beamte) bei den Provinzial- usw. Behörden: $^3/_6$ der Stellen als Regierungsräte in Gruppe X, bis zu $^2/_6$ der Stellen als Regierungsräte in Gruppe XI, bis zu $^1/_6$ der Stellen als Oberregierungsräte in Gruppe XII.

Die Stellen für Regierungsräte als Mitglieder bei den Reichsmittelbehörden sind grundsätzlich in Gruppe XI; es ist aber beim Freiwerden von Stellen und bei Anforderung neuer Stellen zu prüfen, wieviel Stellen für Regierungsräte in Gruppe X geschaffen werden können, und ein Stellenverhältnis von $^3/_6$, $^2/_6$ und $^1/_6$ wie vor anzustreben.

10. Von der Gesamtzahl der Stellen für Expedienten bei den obersten Reichsbehörden: $^1/_6$ der Stellen als Oberregierungssekretäre in Gruppe VII, $^1/_6$ als Regierungsinspektoren in Gruppe VIII, $^1/_6$ als Regierungsoberinspektoren in Gruppe IX, $^2/_6$ als Ministerialamtmänner in Gruppe X und bis zu $^1/_6$ in Gruppe XI.

Die aus Gruppe X zu besoldenden Vorsteher größerer selbständiger Registraturen (Ministerialamtmänner) und die Vorsteher der Kanzlei (Ministerialkanzleidirektoren) zählen im Sinne dieser Regelung nicht zu den Expedienten der Gruppe X.

11. Von der Gesamtzahl der Stellen für Referenten bei den obersten Reichsbehörden: $^1/_4$ der Stellen als Regierungsräte in Gruppe XI, bis zu $^1/_4$ der Stellen als Oberregierungsräte in Gruppe XII, bis zu $^1/_2$ der Stellen als Ministerialräte in Gruppe XIII.

12. Die Verteilung der Stellen auf die einzelnen Beförderungsgruppen ist im allgemeinen nach der Gesamtzahl der Stellen in jedem Ministerium, jeder Reichsmittelbehörde und in jeder mit eigenem Personalhaushalt ausgestatteten Behörde zu bemessen.

Dritte Anlage zum Haushaltsgesetze

Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1924

Abschnitt	Einnahmen und Ausgaben	Betrag für das Rechnungsjahr 1924 Goldmark
	Erster Teil	
	Allgemeine Reichsverwaltung	
	A. Ordentlicher Haushalt	
	I. Einnahmen	
I	Reichspräsident	4 400
II	Reichstag	13 000
III	Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	4 000
IV	Auswärtiges Amt	25 920 900
V	Reichsministerium des Innern	1 584 880
Va	Reichsministerium für die besetzten Gebiete	35 440
VI	Reichswirtschaftsministerium	1 030 677
VIa	Vorläufiger Reichswirtschaftsrat	41 500
VII	Reichsarbeitsministerium	382 031
VIII	Reichswehrministerium	5 602 981
IX	Reichsjustizministerium	7 917 717
X	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	419 840
XI	Reichsverkehrsministerium, Abteilungen für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen	19 487 300
XII	Allgemeiner Pensionsfonds	10 776
XIII	Rechnungshof	6 505
XIV	Reichsschuld	20 320 400
XV	Reichsfinanzministerium	25 811 509
XVI	Reichsministerium für Wiederaufbau	76 078
XVII	Allgemeine Finanzverwaltung	5 247 912 000
XVIII	Reichspostministerium (Reichsdruckerei)	1 439 910
XIX	Reichsverkehrsministerium, Reichseisenbahnen	—
	Summe der Einnahmen	5 358 021 844
	II. Ausgaben	
	a. Fortdauernde Ausgaben	
I	Reichspräsident	250 410
II	Reichstag	3 882 469
III	Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	378 644
	Seite	4 511 523

Abschnitt	Ausgaben	Betrag für das Rechnungsjahr 1924 Goldmark
	Übertrag	4 511 523
IV	Auswärtiges Amt	34 485 000
V	Reichsministerium des Innern	204 306 950
Va	Reichsministerium für die besetzten Gebiete	5 369 420
VI	Reichswirtschaftsministerium	6 123 902
VIa	Vorläufiger Reichswirtschaftsrat	614 500
VII	Reichsarbeitsministerium	444 725 666
VIII	Reichswehrministerium	400 133 529
IX	Reichsjustizministerium	6 809 522
X	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	1 943 494
XI	Reichsverkehrsministerium, Abteilungen für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen	76 901 397
XII	Allgemeiner Pensionsfonds	894 277 776
XIII	Rechnungshof	1 576 284
XIV	Reichsschuld	306 015 826
XV	Reichsfinanzministerium	322 943 401
XVI	Reichsministerium für Wiederaufbau	3 810 420
XVII	Allgemeine Finanzverwaltung	2 403 424 143
XVIII	Reichspostministerium	20 041
XIX	Reichsverkehrsministerium, Reichseisenbahnen	19 660
	Summe der fortdauernden Ausgaben	5 118 012 454

b. Einmalige Ausgaben

I	Reichspräsident	—
II	Reichstag	58 000
III	Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei	—
IV	Auswärtiges Amt	2 411 900
V	Reichsministerium des Innern	10 752 500
Va	Reichsministerium für die besetzten Gebiete	500 000
VI	Reichswirtschaftsministerium	811 000
VIa	Vorläufiger Reichswirtschaftsrat	—
VII	Reichsarbeitsministerium	7 100
VIII	Reichswehrministerium	54 963 280
IX	Reichsjustizministerium	50 000
X	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	753 865
XI	Reichsverkehrsministerium, Abteilungen für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen	27 837 075
XII	Allgemeiner Pensionsfonds	—
XIII	Rechnungshof	—
XIV	Reichsschuld	550 000
XV	Reichsfinanzministerium	16 903 970
	Seite	115 598 690

Abschnitt	Ausgaben und Einnahmen	Betrag für das Rechnungsjahr 1924 Goldmark
	Übertrag	115 598 690
XVI	Reichsministerium für Wiederaufbau	—
XVII	Allgemeine Finanzverwaltung	113 400 000
XVIII	Reichspostministerium (Reichsdruckerei)	11 010 700
	Summe der einmaligen Ausgaben	240 009 390
	Hierzu: Summe der fortdauernden Ausgaben	5 118 012 454
	Summe der Ausgaben des ordentlichen Haushalts	5 358 021 844

B. Außerordentlicher Haushalt

I. Einnahmen

Va	Reichsministerium für die besetzten Gebiete	8 000
VI	Reichswirtschaftsministerium	8 700
VII	Reichsarbeitsministerium	12 739 600
VIII	Reichswehrministerium	1 000
X	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	100
XI	Reichsverkehrsministerium, Abteilungen für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen	30 000
XIV	Reichsschuld	589 488 965
XVII	Allgemeine Finanzverwaltung	130 728 005
	Summe der Einnahmen	733 004 370

II. Ausgaben

V	Reichsministerium des Innern	4 012 000
VI	Reichswirtschaftsministerium	646 301
VII	Reichsarbeitsministerium	9 118 280
VIII	Reichswehrministerium	764 696
X	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft	43 628
XI	Reichsverkehrsministerium, Abteilungen für Wasserstraßen, Luft- und Kraftfahrwesen	51 410 500
XIV	Reichsschuld	119 760 960
XVII	Allgemeine Finanzverwaltung	547 248 005
	Summe der Ausgaben	733 004 370

Abschluß (Allgemeine Reichsverwaltung)

Summe der Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	6 091 026 214
Summe der Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	6 091 026 214

Abschnitt	Einnahmen und Ausgaben	Betrag für das Rechnungsjahr 1924 Goldmark
	Zweiter Teil	
XX	**Ausführung des Friedensvertrags**	
	A. Ordentlicher Haushalt	
	I. Einnahmen	
	Summe der Einnahmen	461 604 175
	II. Ausgaben	
	Fortdauernde Ausgaben	
	Summe der fortdauernden Ausgaben	461 604 175
	B. Außerordentlicher Haushalt	
	I. Einnahmen	
	Summe der Einnahmen	179 915 825
	II. Ausgaben	
	Summe der Ausgaben	179 915 825
	Abschluß (Ausführung des Friedensvertrags)	
	Summe der Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	641 520 000
	Summe der Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	641 520 000
	Gesamtabschluß	
	Summe der Einnahmen des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	6 732 546 214
	Summe der Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts	6 732 546 214

Convention internationale pour la Suppression de la Traite des Femmes et des Enfants ouverte à la Signature, à Genève, du 30 septembre 1921 au 31 mars 1922.

L'Albanie, l'Allemagne, l'Autriche, la Belgique, le Brésil, l'Empire Britannique (avec le Canada, le Commonwealth d'Australie, l'Union Sud-Africaine, la Nouvelle-Zélande et l'Inde), le Chili, la Chine, la Colombie, Costa-Rica, Cuba, l'Esthonie, la Grèce, la Hongrie, l'Italie, le Japon, la Lettonie, la Lithuanie, la Norvège, les Pays-Bas, la Perse, la Pologne (avec Dantzig), le Portugal, la Roumanie, le Siam, la Suède, la Suisse et la Tchécoslovaquie,

Désireux d'assurer d'une manière plus complète la répression de la traite des femmes et des enfants, désignée dans les préambules de l'Arrangement du 18 mai 1904 et de la Convention du 4 mai 1910 sous le nom de « Traite des Blanches » ;

Ayant pris connaissance des recommandations inscrites à l'Acte final de la Conférence internationale qui s'est réunie à Genève, sur convocation du Conseil de la Société des Nations, du 30 juin au 5 juillet 1921 ; et

Ayant décidé de conclure une Convention additionnelle à l'Arrangement et à la Convention ci-dessus mentionnés :

Ont désigné à cet effet pour leurs plénipotentiaires :

Le Président du Conseil suprême de l'Albanie :

Monseigneur Fan S. Noli, Député au Parlement, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président du Reich allemand :

Son Excellence le Dr Adolf Müller, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne.

Le Président de la République d'Autriche :

Son Excellence M. Albert Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, ancien Ambassadeur, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Sa Majesté le Roi des Belges :

M. Michel Levie, Ministre d'État, Président de la Conférence internationale sur la traite des femmes et des enfants.

International Convention for the Suppression of the Traffic in Women and Children opened for Signature at Geneva from September 30th, 1921, to March 31st, 1922.

Albania, Germany, Austria, Belgium, Brazil, the British Empire (with Canada, the Commonwealth of Australia, the Union of South Africa, New Zealand and India), Chile, China, Columbia, Costa Rica, Cuba, Esthonia, Greece, Hungary, Italy, Japan, Latvia, Lithuania, Norway, the Netherlands, Persia, Poland (with Danzig), Portugal, Roumania, Siam, Sweden, Switzerland and Czecho-Slovakia,

Being anxious to secure more completely the suppression of the Traffic in Women and Children described in the preambles to the Agreement of May 18, 1904, and to the Convention of May 4, 1910, under the name of "White Slave Traffic";

Having taken note of the Recommendations contained in the Final Act of the International Conference which was summoned by the Council of the League of Nations and met at Geneva from June 30 to July 5, 1921; and

Having decided to conclude a Convention supplementary to the Arrangement and Convention mentioned above:

Have nominated for this purpose as their Plenipotentiaries:

The President of the Supreme Council of Albania:

Monsignor Fan S. Noli, Member of Parliament, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the German Reich:

His Excellency Dr. Adolf Müller, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berne.

The President of the Austrian Republic:

His Excellency M. Albert Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, Former Ambassador, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

His Majesty the King of the Belgians:

M. Michel Levie, Minister of State, President of the International Conference on Traffic in Women and Children.

(Übersetzung.)

Internationale Übereinkunft zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels, zur Unterzeichnung aufgelegt in Genf vom 30. September 1921 bis zum 31. März 1922.

Albanien, das Deutsche Reich, Österreich, Belgien, Brasilien, das Britische Reich (zugleich für Kanada, den Australischen Bund, die Südafrikanische Union, Neuseeland und Britisch Indien), Chile, China, Kolumbien, Costarica, Kuba, Estland, Griechenland, Ungarn, Italien, Japan, Lettland, Litauen, Norwegen, die Niederlande, Persien, Polen (zugleich für Danzig), Portugal, Rumänien, Siam, Schweden, die Schweiz und die Tschechoslowakei,

von dem Wunsche geleitet, die Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels, der in den Einleitungen zu dem Abkommen vom 18. Mai 1904 und dem Übereinkommen vom 4. Mai 1910 als »Mädchenhandel« bezeichnet ist, in vollkommenerer Weise zu sichern,

nach Kenntnisnahme der Vorschläge, die in der Schlußakte der vom Rate des Völkerbundes einberufenen und vom 30. Juni bis zum 5. Juli 1921 in Genf abgehaltenen internationalen Tagung niedergelegt sind, und

in dem Entschlusse, zu dem obenerwähnten Abkommen und dem dort bezeichneten Übereinkommen eine Zusatzübereinkunft zu schließen,

haben für diesen Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Präsident des Obersten Rates von Albanien:

Monsignore Fan S. Noli, Landtagsabgeordneten, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident des Deutschen Reichs:

Seine Exzellenz Herrn Dr. Adolf Müller, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern;

der Präsident der Republik Österreich:

Seine Exzellenz Herrn Albert Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein, ehemaligen Botschafter, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

Seine Majestät der König der Belgier:

Herrn Michel Levie, Staatsminister, Präsidenten der internationalen Tagung über den Frauen- und Kinderhandel;

Le Président de la République des Etats-Unis du Brésil:

Son Excellence le Dr Gastão da Cunha, Ambassadeur à Paris, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Dominions britanniques au delà des mers, Empereur des Indes:

Le Très Honorable Arthur James Balfour, O.M., M.P., Lord Président du Très Honorable Conseil privé de Sa Majesté, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Et

Pour le Dominion du Canada:

Le Très Honorable Charles Joseph Doherty, Ministre de la Justice et Procureur général, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Pour le Commonwealth d'Australie:

Le Capitaine Stanley Melbourne Bruce, M.C., Membre de la Chambre des Députés, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Pour l'Union Sud-Africaine:

L'Honorable Sir Edgar Harris Walton, K.C.M.G., Haut Commissaire de l'Union Sud-Africaine au Royaume-Uni, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Pour le Dominion de la Nouvelle-Zélande:

Le Très Honorable Sir James Allen, K.C.B., Haut Commissaire pour la Nouvelle-Zélande dans le Royaume-Uni, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Pour l'Inde:

L'Honorable Theo Russell, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de Sa Majesté britannique à Berne.

Le Président de la République du Chili:

Son Excellence M. Agustin Edwards, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Londres, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

The President of the Republic of Brazil:

His Excellency Dr. Gastão da Cunha, Ambassador in Paris, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India:

The Right Honourable Arthur James Balfour, O.M., M.P., Lord President of His Majesty's Most Honourable Privy Council, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations;

and

For the Dominion of Canada:

The Right Honourable Charles Joseph Doherty, Minister of Justice and Attorney-General, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

For the Commonwealth of Australia:

Captain Stanley Melbourne Bruce, M.C., Member of the House of Representatives, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

For the Union of South Africa:

The Honourable Sir Edgar Harris Walton, K.C.M.G., High Commissioner for the Union of South Africa in the United Kingdom, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

For the Dominion of New Zealand:

The Honourable Sir James Allen, K.C.B., High Commissioner for New Zealand in the United Kingdom, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

For India:

The Honourable Theo Russell, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Britannic Majesty in Berne.

The President of the Republic of Chile:

His Excellency M. Agustin Edwards, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at London, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

der Präsident der Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien:

Seine Exzellenz Herrn Dr. Gastão da Cunha, Botschafter in Paris, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der Überseeischen Britischen Dominien, Kaiser von Indien:

den Sehr Ehrenwerten Arthur James Balfour, O. M., M. P., Lord-Präsidenten des Sehr Ehrenwerten Geheimen Rates Seiner Majestät, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes,

und

für das Dominium Kanada:

den Sehr Ehrenwerten Charles Josef Doherty, Justizminister und Generalstaatsanwalt, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes,

für den Australischen Bund:

den Hauptmann Stanley Melbourne Bruce, M. C., Mitglied des Repräsentantenhauses, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes,

für die Südafrikanische Union:

den Ehrenwerten Sir Edgar Harris Walton, K. C. M. G., Oberkommissar für die Südafrikanische Union beim Vereinigten Königreich, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes,

für das Dominium Neuseeland:

den Ehrenwerten Sir James Allen, K. C. B., Oberkommissar für Neuseeland beim Vereinigten Königreich, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes,

für Britisch Indien:

den Ehrenwerten Theo Russell, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Seiner Britischen Majestät in Bern;

der Präsident der Republik Chile:

Seine Exzellenz Herrn Agustin Edwards, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in London, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes,

Son Excellence M. Manuel Rivas Vicuña, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne, Délégué à la Conférence internationale sur la traite des femmes et des enfants et à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République de Chine:

Son Excellence M. Ouang Yong-Pao, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne.

Le Président de la République de Colombie:

Son Excellence M. le Dr Francisco José Urrutia, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Son Excellence M. le Dr A. J. Restrepo, Avocat de la République pour l'arbitrage colombo-vénézuélien, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République de Costa-Rica:

Son Excellence M. Manuel Maria de Peralta, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Paris, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République de Cuba:

Son Excellence M. Guillermo de Blanck, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne et à La Haye, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République esthonienne:

Son Excellence M. Antoine Piip, Ministre des Affaires étrangères, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Sa Majesté le Roi des Hellènes:

M. Vassili Dendramis, Directeur du Secrétariat hellénique permanent auprès de la Société des Nations, Délégué à la Conférence internationale sur la traite des femmes et des enfants.

Son Altesse Sérénissime le Gouverneur de Hongrie:

M. Félix Parcher de Terjekfalva, Chargé d'Affaires à Berne.

His Excellency M. Manuel Rivas Vicuña, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berne, Delegate to the International Conference on Traffic in Women and Children and to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Republic of China:

His Excellency M. Ouang Yong-Pao, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berne.

The President of the Repuelic of Colombia:

His Excellency Dr. Francisco José Urrutia, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berne, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

His Excellency Dr. A. J. Restrepo, Barrister for the Republic in the Colombo-Venezuelan arbitration, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Republic of Costa Rica:

His Excellency M. Manuel Maria de Peralta, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Paris, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Republic of Cuba:

His Excellency M. Guillermo de Blanck, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berne and The Hague, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Republic of Esthonia:

His Excellency M. Antoine Piip, Minister for Foreign Affairs, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

His Majesty the King of the Hellenes:

M. Vassili Dendramis, Director of the Permanent Greek Secretariat for the League of Nations, Delegate to the International Conference on Traffic in Women and Children.

His Serene Highness the Governor of Hungary:

M. Felix Parcher de Terjekfalva, Chargé d'Affaires in Berne.

Seine Exzellenz Herrn Manuel Rivas Vicuña, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern, Delegierten zur internationalen Tagung über den Frauen- und Kinderhandel und zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Republik China:

Seine Exzellenz Herrn Uang Yong-Pao, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern;

der Präsident der Republik Kolumbien:

Seine Exzellenz Herrn Dr. Francisco José Urrutia, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes,

Seine Exzellenz Herrn Dr. A. J. Restrepo, Rechtsbeistand der Republik bei den kolumbisch-venezolanischen Schiedsverhandlungen, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Republik Costarica:

Seine Exzellenz Herrn Manuel Maria de Peralta, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Republik Kuba:

Seine Exzellenz Herrn Guillermo de Blanck, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern und im Haag, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Estnischen Republik:

Seine Exzellenz Herrn Anton Piip, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

Seine Majestät der König der Hellenen:

Herrn Vassili Dendramis, Leiter des ständigen griechischen Sekretariats bei dem Völkerbund, Delegierten zur internationalen Tagung über den Frauen- und Kinderhandel;

Seine Durchlaucht der Reichsverweser Ungarns:

Herrn Felix Parcher de Terjekfalva, Geschäftsträger in Bern;

Sa Majesté le Roi d'Italie:

Son Excellence le Marquis G. Imperiali dei Principi di Francavilla, Ambassadeur, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Sa Majesté l'Empereur du Japon:

Son Excellence M. le Baron G. Hayashi, Ambassadeur à Londres, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République de Lettonie:

M. M. V. Salnais, Sous-Secrétaire d'État aux Affaires étrangères, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République lithuanienne:

M. Ernest Galvanauskas, Ministre des Finances, du Commerce, de l'Industrie et des Voies de communication, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Sa Majesté le Roi de Norvège:

M. le Professeur Dr Fridtjof Nansen, Président de la Délégation norvégienne à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Sa Majesté la Reine des Pays-Bas:

M. le Jonkheer A. T. Baud, Attaché à la Légation des Pays-Bas à Berne.

Sa Majesté impériale le Shah de Perse:

Son Altesse le Prince Arfa-ed-Dowleh, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République polonaise:

M. Jean Perlowski*, Secrétaire général de la Délégation polonaise auprès de la Société des Nations, Délégué à la Conférence internationale sur la traite des femmes et des enfants.

Le Président de la République portugaise:

Son Excellence M. Alfredo Freire d'Andrade, ancien Ministre des Affaires étrangères, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

* M. Perlowski est chargé en même temps par le Gouvernement polonais de représenter la Ville libre de Dantzig.

His Majesty the King of Italy:

His Excellency the Marquis G. Imperiali dei Principi di Francavilla, Ambassador, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

His Majesty the Emperor of Japan:

His Excellency M. le Baron G. Hayashi, Ambassador at London, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Republic of Latvia:

M. M. V. Salnais, Under-Secretary of State for Foreign Affairs, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Lithuanian Republic:

M. Ernest Galvanauskas, Minister for Finance, Commerce, Industry and Communications, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

His Majesty the King of Norway:

Dr. Fridtjof Nansen, President of the Norwegian Delegation to the Second Assembly of the League of Nations.

Her Majesty the Queen of the Netherlands:

Jonkheer A. T. Baud, Attaché at the Netherlands Legation in Berne.

His Imperial Majesty the Shah of Persia:

His Highness the Prince Arfa-ed-Dowleh, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Polish Republic:

M. Jean Perlowski*, Counsellor of Legation, Secretary-General of the Polish Delegation accredited to the League of Nations, Delegate to the International Conference on Traffic in Women and Children.

The President of the Portuguese Republic:

His Excellency M. Alfredo Freire d'Andrade, Former Minister for Foreign Affairs, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

* M. Perlowski is authorised by the Polish Government to represent the Free City of Danzig.

Seine Majestät der König von Italien:
Seine Exzellenz den Marquis G. Imperiali dei Principi di Francavilla, Botschafter, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

Seine Majestät der Kaiser von Japan:
Seine Exzellenz Herrn Baron G. Hayashi, Botschafter in London, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Republik Lettland:
Herrn M. V. Salnais, Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Republik Litauen:
Herrn Ernst Galvanauskas, Minister für Finanzen, Handel, Gewerbe und Verkehr, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

Seine Majestät der König von Norwegen:
Herrn Professor Dr. Fridtjof Nansen, Präsidenten der norwegischen Delegation zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

Ihre Majestät die Königin der Niederlande:
Herrn Jonkheer A. T. Baud, Attaché bei der Niederländischen Gesandtschaft in Bern;

Seine Kaiserliche Majestät der Schah von Persien:
Seine Hoheit den Fürsten Arfa-ed-Dowleh, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Polnischen Republik:
Herrn Johann Perlowski*, Legationsrat, Generalsekretär der polnischen Delegation bei dem Völkerbund, Delegierten zur internationalen Tagung über den Frauen- und Kinderhandel;

der Präsident der Portugiesischen Republik:
Seine Exzellenz Herrn Alfredo Freire d'Andrade, ehemaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

* Herr Perlowski ist von der Polnischen Regierung zugleich beauftragt, die Freie Stadt Danzig zu vertreten.

Sa Majesté le Roi de Roumanie:

Son Excellence M. E. Margaritesco Greciano, Ministre plénipotentiaire, Chargé d'Affaires à Berne, Délégué à la Conférence internationale sur la traite des femmes et des enfants.

Sa Majesté le Roi de Siam:

Son Altesse le Prince Charoon, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire, Délégué à la Conférence internationale de la traite des femmes et des enfants et à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Sa Majesté le Roi de Suède:

Son Excellence M. de Adlercreutz, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne.

Le Conseil Fédéral de la Confédération suisse:

M. Giuseppe Motta, Conseiller fédéral, Chef du Département politique fédéral, Délégué à la deuxième Assemblée de la Société des Nations.

Le Président de la République tchécoslovaque:

Son Excellence M. le Dr Robert Flieder, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire à Berne.

Lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

Article 1.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, pour autant qu'elles ne seraient pas encore parties à l'Arrangement du 18 mai 1904 et à la Convention du 4 mai 1910, de transmettre, dans le plus bref délai et dans la forme prévue aux Arrangement et Convention ci-dessus visés, leurs ratifications des dits Actes ou leurs adhésions aux dits Actes.

Article 2.

Les Hautes Parties contractantes conviennent de prendre toutes mesures en vue de rechercher et de punir les individus qui se livrent à la traite des enfants de l'un et de l'autre sexe, cette infraction étant entendue dans le sens de l'article 1er de la Convention du 4 mai 1910.

His Majesty the King of Roumania:

His Excellency M. E. Margaritesco Greciano, Minister Plenipotentiary and Roumanian Chargé d'Affaires in Berne, Delegate to the International Conference on Traffic in Women and Children.

His Majesty the King of Siam:

His Highness the Prince Charoon, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary, Delegate to the International Conference on Traffic in Women and Children and to the Second Assembly of the League of Nations.

His Majesty the King of Sweden:

His Excellency M. de Adlercreutz, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berne.

The Federal Council of the Swiss Confederation:

M. Giuseppe Motta, Federal Councillor, Head of the Political Federal Department, Delegate to the Second Assembly of the League of Nations.

The President of the Czecho-Slovak Republic:

His Excellency Dr. Robert Flieder, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berne.

Who, having communicated their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions:

Article 1.

The High Contracting Parties agree that, in the event of their not being already Parties to the Agreement of May 18, 1904, and the Convention of May 4, 1910, mentioned above, they will transmit, with the least possible delay, their ratifications of, or adhesions to, those instruments in the manner laid down therein.

Article 2.

The High Contracting Parties agree to take all measures to discover and prosecute persons who are engaged in the traffic in children of both sexes and who commit offences within the meaning of Article 1 of the Convention of May 4, 1910.

Seine Majestät der König von Rumänien:

Seine Exzellenz Herrn E. Margaritesco Greciano, bevollmächtigten Minister, Geschäftsträger in Bern, Delegierten zur internationalen Tagung über den Frauen- und Kinderhandel;

Seine Majestät der König von Siam:

Seine Hoheit den Prinzen Charoon, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Delegierten zur internationalen Tagung über den Frauen- und Kinderhandel und zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

Seine Majestät der König von Schweden:

Seine Exzellenz Herrn von Adlercreutz, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern;

der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft:

Herrn Giuseppe Motta, Bundesrat, Chef des eidgenössischen politischen Departements, Delegierten zur zweiten Versammlung des Völkerbundes;

der Präsident der Tschechoslowakischen Republik:

Seine Exzellenz Herrn Dr. Robert Flieder, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Bern.

Sie haben nach Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart:

Artikel 1.

Die Vertragsteilnehmer verpflichten sich, soweit sie noch nicht an dem Abkommen vom 18. Mai 1904 und dem Übereinkommen vom 4. Mai 1910 beteiligt sind, ihre Ratifikationsurkunden oder ihre Beitrittserklärungen zu diesen Verträgen möglichst bald in der von dem Abkommen und dem Übereinkommen vorgesehenen Form zu übermitteln.

Artikel 2.

Die Vertragsteilnehmer verpflichten sich, alles zu tun, um die Personen zu ermitteln und zur Bestrafung zu bringen, die Handel mit Kindern, gleichgültig welchen Geschlechts, treiben. Unter solchem Handel sind strafbare Handlungen der im Artikel 1 des Übereinkommens vom 4. Mai 1910 bezeichneten Art zu verstehen.

Article 3.

Les Hautes Parties contractantes conviennent de prendre les mesures nécessaires en vue de punir les tentatives d'infractions et, dans les limites légales, les actes préparatoires des infractions prévues aux articles 1 et 2 de la Convention du 4 mai 1910.

Article 4.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, au cas où il n'existerait pas entre elles de conventions d'extradition, de prendre toutes les mesures qui sont en leur pouvoir pour l'extradition des individus prévenus des infractions visées aux articles 1 et 2 de la Convention du 4 mai 1910, ou condamnés pour de telles infractions.

Article 5.

Au paragraphe B du Protocole final de la Convention de 1910, les mots «vingt ans révolus» seront remplacés par les mots «vingt et un ans révolus».

Article 6.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, dans le cas où elles n'auraient pas encore pris de mesures législatives ou administratives concernant l'autorisation et la surveillance des agences et des bureaux de placement, d'édicter des règlements dans ce sens afin d'assurer la protection des femmes et des enfants cherchant du travail dans un autre pays.

Article 7.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, en ce qui concerne leurs services d'immigration et d'émigration, de prendre des mesures administratives et législatives destinées à combattre la traite des femmes et des enfants. Elles conviennent notamment d'édicter les règlements nécessaires pour la protection des femmes et des enfants voyageant à bord des navires d'émigrants, non seulement au départ et à l'arrivée, mais aussi en cours de route, et à prendre des dispositions en vue de l'affichage, dans les gares et dans les ports, d'avis mettant en garde les femmes et les enfants contre les dangers de la traite et indiquant les lieux où ils peuvent trouver logement, aide et assistance.

Article 8.

La présente Convention, dont le texte français et le texte anglais font également foi, portera la date de ce jour et pourra être signée jusqu'au 31 mars 1922.

Article 3.

The High Contracting Parties agree to take the necessary steps to secure the punishment of attempts to commit, and, within legal limits, of acts preparatory to the commission of, the offences specified in Articles 1 and 2 of the Convention of May 4, 1910.

Article 4.

The High Contracting Parties agree that, in cases where there are no extradition Conventions in force between them, they will take all measures within their power to extradite or provide for the extradition of persons accused or convicted of the offences specified in Articles 1 and 2 of the Convention of May 4, 1910.

Article 5.

In paragraph B of the final Protocol of the Convention of 1910, the words "twenty completed years of age" shall be replaced by the words "twenty-one completed years of age".

Article 6.

The High Contracting Parties agree, in case they have not already taken legislative or administrative measures regarding licensing and supervision of employment agencies and offices, to prescribe such regulations as are required to ensure the protection of women and children seeking employment in another country.

Article 7.

The High Contracting Parties undertake in connection with immigration and emigration to adopt such administrative and legislative measures as are required to check the traffic in women and children. In particular, they undertake to make such regulations as are required for the protection of women and children travelling on emigrant ships, not only at the points of departure and arrival, but also during the journey, and to arrange for the exhibition, in railway stations and in ports, of notices warning women and children of the danger of the traffic and indicating the places where they can obtain accommodation and assistance.

Article 8.

The present Convention, of which the French and the English texts are both authentic, shall bear this day's date, and shall be open for signature until March 31st, 1922.